

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
Abkürzungsverzeichnis	15
1 Grundlagen zur Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung	17
1.1 Einführung und Ausgangssituation	17
1.1.1 Allgemeiner rechtlicher Hintergrund	18
1.1.2 Grundlagen der Finanzierung	19
1.1.3 Unterscheidung zwischen Gesellschafter-Geschäftsführern und Gesellschafter-Vorständen	21
1.2 Der besondere Versorgungsbedarf des beherrschenden Gesellschafter- Geschäftsführers	22
1.2.1 Allgemeine Grundlagen	22
1.2.2 Versorgungsniveau und Versorgungslückenanalyse	22
1.3 Unterscheidung zwischen unmittelbaren und mittelbaren Versorgungszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer	25
2 Die besondere Stellung des Gesellschafter-Geschäftsführers aufgrund seiner Beteiligung an der Gesellschaft – Klärung der Beherrschung	27
2.1 Einführung	27
2.2 Beherrschung im Sinne des Steuerrechts	27
2.2.1 Grundsätze	28
2.2.2 Gleichgerichtete Interessenlagen	29
2.3 Beherrschung im Sinne des Arbeitsrechts	32
2.4 Beherrschung im Sinne des Sozialversicherungsrechts	34
2.4.1 Grundsätze	34
2.4.2 Unterscheidung: Minderheits- und Mehrheitsgesellschafter	36
2.4.3 Aktuelle Rechtsanwendung	38
2.4.4 Checkliste zur sozialversicherungsrechtlichen Einordnung von Gesellschafter-Geschäftsführern und nahe stehenden Personen	46
2.5 Einführung: Zwei Prüfungsebenen	47
2.6 Erste Prüfungsebene: Erfüllung der Voraussetzungen des § 6a EStG	48
2.6.1 Zulässigkeit der Bildung von Pensionsrückstellungen – Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz	48
2.6.2 Rechtsanspruch (§ 6a Abs.1 Nr. 1 EStG)	53
2.6.3 Keine Abhängigkeit von künftigen gewinnabhängigen Bezügen (§ 6a Abs.1 Nr. 2 EStG)	58

2.6.4	Kein steuerschädlicher Widerrufsvorbehalt (§ 6a Abs.1 Nr. 2 EStG)	59
2.6.5	Schriftformerfordernis (§ 6a Abs.1 Nr. 3 EStG)	62
2.6.6	Erstmalige Bildung einer Pensionsrückstellung (§ 6a Abs. 2 Nr. 1, 1. Alt. EStG)	63
2.6.7	Bilanzsteuerlich wirksames Pensionsalter für beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer (§ 6a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 Satz 3 EStG i. V. m. R 6a (8) EStR 2012)	64
2.6.8	Übersorgung (§ 6a Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 Satz 4 EStG)	65
2.6.9	Gehaltsabsenkungen	67
2.7	Zweite Prüfungsebene: Vermeidung einer verdeckten Gewinnausschüttung (§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG)	69
2.7.1	Definition der verdeckten Gewinnausschüttung (vGA)	69
2.7.2	Rechtsfolgen der vGA	71
2.7.3	Prüfungsfelder der vGA in der Praxis: Körperschaftsteuerliche Anforderungen an unmittelbare Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer	78
3	Steuerrechtliche Behandlung einer mittelbaren Versorgungszusage bei der Gesellschaft	109
3.1	Einführung	109
3.2	Erste Prüfungsebene: Erfüllung der Voraussetzungen des EStG	109
3.3	Zweite Prüfungsebene: Vermeidung einer vGA	110
3.3.1	Klarheits- und Eindeutigkeitsgebot	110
3.3.2	Rückwirkungs- und Nachzahlungsverbot	111
3.3.3	Ernsthaftigkeit	111
3.3.4	Üblichkeitsschätzungen	111
3.3.5	Nur-Pension	111
3.3.6	Sonderfall: Unterstützungs- und Pensionskassen	112
4	Steuerrechtliche Behandlung einer unmittelbaren und mittelbaren Versorgungszusage beim Gesellschafter-Geschäftsführer	115
4.1	Grundlagen	115
4.2	Unmittelbare Versorgungszusage	117
4.2.1	Vertiefung Anwartschaftsphase	117
4.2.2	Vorsorgeaufwendungen bei Gesellschafter-Geschäftsführern	118
4.2.3	Vertiefung Leistungsbezugsphase	122
4.3	Mittelbare Versorgungszusage	123
4.3.1	Grundlagen: Anwartschafts- und Leistungsbezugsphase	123
4.3.2	Umsetzung der nachgelagerten Besteuerung	125
4.4	Besteuerung einer verdeckten Gewinnausschüttung (vGA)	129

4.5	Besteuerung einer verdeckten Einlage	130
4.6	Übersicht: Die Durchführungswege in der Anwartschafts- und in der Auszahlungsphase	131
5	Kapitel: Verzicht	133
5.1	Einführung	133
5.2	Grundsätzliche Auswirkungen des Verzichts bei der Gesellschaft und beim Gesellschafter-Geschäftsführer	134
5.3	Bewertung des Verzichts bei der Gesellschaft und beim Gesellschafter-Geschäftsführer	135
5.4	Betrieblich veranlasster Verzicht	136
5.5	Verzicht auf den future-service	137
5.6	Sonderfall: Forderungsverzicht gegen Besserungsschein	139
6	Abfindung	141
6.1	Grundlagen	141
6.2	Steuerrechtliche Anforderungen	142
6.3	Zusammenfassende Würdigung	143
7	Widerruf	147
7.1	Grundlagen zum Eingriff in einzelvertragliche Versorgungszusagen	147
7.1.1	Einführung	147
7.1.2	Vertragliche Vereinbarung	148
7.1.3	Widerruf durch den Arbeitgeber	149
7.1.4	Vertragliche Ansprüche mit kollektivem Bezug	149
7.2	Voraussetzungen und Grenzen einer an sich möglichen Änderung der Versorgungszusage	151
7.2.1	Widerruf	151
7.2.2	Änderungskündigung	152
7.2.3	Steuerunschädliche Widerruffvorbehalte	152
7.3	Die konkrete Rechtsprechung des BGH zum Widerruf von Versorgungszusagen ..	153
7.3.1	Grundlagen: BGH-Entscheidung aus dem Jahr 2001	154
7.3.2	Grundlagen: BGH-Entscheidung aus dem Jahr 2007	154
7.3.3	Zusammenfassung der Entscheidungen	154
7.3.4	Aktuelle instanzgerichtliche Entscheidung des LG Köln	155
7.4	Fazit	156
7.5	Steuerrechtlicher Hintergrund	157
8	Zivilrechtliche Insolvenzsicherung	159
8.1	Einleitung	159

8.2	Insolvenzfestigkeit der Verpfändung	160
8.2.1	Grundlagen	160
8.2.2	Verpfändungsanzeige und Verzicht auf AGB-Pfandrecht	161
8.2.3	Verwertung bei eingetretener Pfandreife bei bereits laufenden Versorgungsleistungen	162
8.2.4	Eintritt einer Arbeitgeberinsolvenz vor Eintritt eines Auszahlungsanspruchs des beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführers	163
8.2.5	Ausschluss einer Insolvenzanfechtung	164
8.2.6	Anfechtung nach § 134 InsO	165
8.3	Steuerrechtliche Anerkennung der Verpfändung	165
8.4	Insolvenzsicherung über CTA-Modelle	166
8.4.1	Kritik an CTA-Modellen	167
8.4.2	Rechtlicher Hintergrund	168
9	Auslagerung von unmittelbaren Versorgungszusagen	171
9.1	Einleitung	171
9.2	Übertragung bei Arbeitgeberwechsel	172
9.2.1	Übertragung auf neue Gesellschaft mit regulärer Geschäftstätigkeit	172
9.2.2	Übertragung auf reine »Pensionsgesellschaft«	174
9.2.3	Berechnung des Übertragungswertes bei maßgeblicher Beteiligung	176
9.3	Wechsel des Durchführungsweges	177
9.4	Übertragung auf eine Liquidationsversicherung	178
9.5	Exkurs: Übertragungen von Pensionsverpflichtungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG)	180
9.6	Schuldübernahme und Schuldbeitritt: Neue Wege der effektiven Auslagerung ..	182
9.6.1	Allgemeine Einführung	182
9.6.2	Schuldübernahme/Schuldbeitritt	184
9.6.3	Bilanzielle Behandlung einer Schuldübernahme nach §§ 414 ff. BGB und sonstigen Schuldbeitritten	189
9.6.4	Zusammenfassung	192
9.7	Pensionsfonds: Funktionsweise und Rückabwicklung	193
9.7.1	Allgemeine Einführung	193
9.7.2	Grundlagen zur Auslagerung auf einen Pensionsfonds	194
9.7.3	Steuerliche Behandlung einer Pensionsfondsübertragung	195
9.7.4	Betriebswirtschaftliche Betrachtung einer Pensionsfondsübertragung ..	197
9.7.5	Rückabwicklung und Rückübertragung einer Pensionsfondszusage ..	199
9.7.6	Zusammenfassung	200

10	Versorgungszusagen an beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer von Personengesellschaften	201
10.1	Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern bei Kapital- und Personengesellschaften	201
10.2	Pensionszusagen einer Personengesellschaft an den Gesellschafter	202
10.2.1	Ebene der Gesellschaft	202
10.2.2	Ebene des Gesellschafters	203
10.3	Pensionszusage an einen Gesellschafter durch die Komplementär-GmbH einer GmbH & Co. KG	206
10.4	Umwandlungsvorgänge mit Beteiligung von Personengesellschaften	206
10.4.1	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	206
10.4.2	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	207
10.5	Steuerliche Behandlung einer Rückdeckungsversicherung	207
11	Besonderheiten zum Versorgungsausgleich bei beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführern	209
Anlage 1:	Unmittelbare Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	211
Anlage 2:	Restrukturierung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	217
Anlage 3:	Gesellschafterbeschluss zu einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	223
Anlage 4:	Gesellschafterbeschluss zur Restrukturierung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	229
Anlage 5:	Verpfändungsvereinbarung zur Rückdeckung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH – Verpfändung von Kontoguthaben (analog anwendbar auf die Rückdeckung in Versicherungsverträgen)	233
Anlage 5.1:	Anzeige der Verpfändung zu einer Verpfändungsvereinbarung zur Rückdeckung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH – Verpfändung von Kontoguthaben (analog anwendbar auf die Rückdeckung in Versicherungsverträgen)	237

Anlage 6: Verpfändungsvereinbarung zur Rückdeckung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH in Wertpapieren (analog anwendbar auf die Rückdeckung in Versicherungsverträgen)	239
Anlage 7: Antrag auf verbindliche Auskunft gemäß § 89 Abs. 2 AO im Zusammenhang einer Abfindung einer unmittelbaren Versorgungszusage an einen Gesellschafter-Geschäftsführer	243
Literaturverzeichnis	253
Stichwortverzeichnis.....	255